

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 6.— M. Durch Austräger 30.— M. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionssprechst. 6—8 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 4. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzeile ober deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 M. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespalten ober deren Raum 1/2 im Text 30.— M.

Weiter ins Elend hinein.

Jedesmal, wenn die Sozialdemokraten Attacken gegen die Kommunisten reiten, wenn sie Dekampagnen gegen das revolutionäre Proletariat führen, notwendige Aktionen sabotieren, dann stößt das Kapital zu verschärftem Angriff gegen das Proletariat vor.

Nun steigt die Flut der Nöte und Entbehrungen dem Proletariat bis an den Hals hinauf, während würgt der Hunger unter der Arbeitererschaft und die Sozialdemokratie richtet ihre Kampffront geschlossen gegen die SPD, geschlossen gegen den Versuch revolutionärer Arbeiter, dem zermalmenen Rad der Teuerung in die Speichen zu fallen. Das ist wieder eine schöne Gelegenheit für das Industrie- und Agrarierkapital, mit kräftigen Stößen erneut die Preise in die Höhe zu treiben, die Kaufkraft des Lohnes und der kleinen Rentnern weiter scharf hinabzudrücken.

Als die Einigung der Hilferdinge und der Scheidemannier gewiß geworden war, da begannen die Agrarier ihren Sturm gegen die Getreideumlage und die Grubenkapitalisten diktierten den Bergarbeitern das Ueberschichtenabkommen. Mittlerweile ist die „Einigung“ perfekt geworden. Perfekt geworden ist nun aber auch eine erhebliche Brotverteuerung und die Grubenkapitalisten lehnen es brüsk ab, über Lohnforderungen der Bergarbeiter überhaupt noch zu verhandeln. Die USPD, der USWB die Afa und die christliche Gewerkschaftsbürokratie sabotieren gemeinschaftlich jeden Kampf gegen das Kapital, sie täuschen eine Tätigkeit vor, indem sie Forderungen aufstellen, die niemand bewilligt, sie kämpfen tatsächlich mit allen Mitteln der Organisation und mit heberischen Verleumdungen gegen das revolutionäre Proletariat. Unbehindert kann daher das Kapital die dem Proletariat längst angelegte Hungerdroffel wieder scharfer anziehen.

Ein Brot 120 bis 150 Mark.

Noch vor zwei Wochen, als die Agrarier erneut mit der Forderung nach Erhöhung der Getreidepreise herauskamen, donnerte ihnen die SPD ein „Niemaals“ entgegen. Eher würde man aus der Regierung austreten, als die Forderung der Agrarier bewilligen. So trompetete der „Vorwärts“ in die Welt hinaus. Und der SPD-Parteitag in Augsburg schloß also: Kampf der Teuerung! In der vergangenen Woche jedoch teilte der Landwirtschaftsminister ganz gemüßlich mit, daß der Preis für Umlagegetreide um das Vierfache erhöht werden müsse. Aus der sozialdemokratischen Presse vernimmt man keinen Schrei der Empörung. Die SPD-Trompeter sind stille geworden, ganz stille. Der Umfall der SPD ist längst beschlossene Sache. Darum kann man nun auch in der Vorbereitung auf ein neues wahnsinniges Preistreiben einen Schritt weitergehen. Die SPD-Minister allerdings sind so gerissen, daß sie dabei ihren Kollegen von der anderen Couleur den Vorantritt gönnen. Und diese benutzen „zufälligen“ Gelegenheiten, um langsam auf das allerschrecklichste vorzubereiten. Ausgerechnet auf dem Verbandstag katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands in Essen erklärte der Reichspostminister Wiesberts, daß spätestens am 1. November mit einer Verteuerung des Brotpreises auf mindestens das Dreifache gerechnet werden müsse. Die Verdreifachung des Preises für Brot bedingt ein ebenso scharfes Anziehen der Preise für fast alle agrarischen Erzeugnisse. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit dürfen damit die Kosten für die Lebenshaltung auf ungefähr das Zweifache steigen. Die Aufkündigung des ultramontanen Postministers bedeutet, daß der Preis für ein in seiner Zusammensetzung verschlechtertes Markenbrot auf 120 bis 150 Mark und für markenfreies Brot auf etwa 250 Mark emporschnellen wird. Der USWB und die USPD führen unbedrossen einen hitzigen Kampf gegen den Teil des Proletariats, der sich weiterer Verflabung und Verelendung widersetzen will.

Das russische Brot wird billiger.

Der Petersburger Konsumverein hat am 25. September den Brotpreis von 13 auf 11 Rubel herabgesetzt. In Deutschland bereitet die USPD sich darauf vor, in dieser Woche den Forderungen die geforderte Erhöhung des Umlagegetreides zu bewilligen; der „Nachtwach“ des Sozialismus wird für die breiten Massen in einer Verdrei- und Viertelfachung des Brotpreises fühlbar.

Ein Zentner Kohlen 600 Mark.

Wie das Brot für des Leibes Notdurft, so wird auch das Brot der Industrie wachsend verteuert. Und wie die Verteuerung des Brotes den Preis aller Nahrungsmittel in die Höhe treibt, so verteuert die Wucherer mit der Brote der Industrie, mit der Kohle, die gesamte industrielle Erzeugung. Erst vor einigen Wochen erwichte das Kohlenkapital mit einer erheblichen Steigerung der Preise einen Extragewinn, der sich auf Milliarden beziffert. Nun kommt das Kapital mit einer Forderung, die die allerstärkste bisher erlebte Preissteigerung darstellt. Nach der „Bergwerkszeitung“ soll sich die Preissteigerung auf der Linie von 1000 Mark für die Tonne bewegen, also um 50 Mark pro Zentner. Wie üblich, wird die Preissteigerung mit erhöhten Lohnkosten begründet. Nachdem die Verbandsbürokraten dem Kapital behilflich gewesen waren, den Bergarbeitern das Ueberschichtenabkommen aufzuzwingen, sind die Grubenbesitzer sehr paßig geworden. Nun pfeift man auf die Bergarbeiter und auf ihre Führung dazu.

Mit Hinweis auf die fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung erhoben die Bergarbeiter Lohnforderungen. Die Grubenbesitzer lehnten ab, sich überhaupt in Verhandlungen einzulassen. Die Verbandsleitungen wandten sich an das Arbeitsministerium. Dessen Einladung zu Verhandlungen fand auch schnelle Abweijung durch das Grubenkapital. Dann trat unter Vorsitz des Ministers Sebering ein Schiedsgericht zusammen, nach dessen Spruch den Bergarbeitern im Ruhrrevier ab 1. Oktober eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 150 Mark je Mann und Schicht gezahlt werden soll. Wenn man pro Mann und Schicht mit einer durchschnittlichen Förderleistung von nur 0,6 Tonnen rechnet, und 100 Mark für Steuern einrechnet, dann brächte die erwähnte Lohnerhöhung eine Verteuerung von insgesamt 350 Mark für die Tonne. Das Kapital fordert 1000 Mark. Die Lohnerhöhung soll wiederum der Hebel für einen ganz außerordentlichen Extragewinn abgeben. Bei dieser ganzen Politik leisten die Gewerkschaften dem Kapital Handlangerdienste. Nur auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaften konnte das Kapital zu solch unverschämter Bewucherung den Mut finden. Und mit dem Kampf gegen die SPD, mit dem Kampf gegen das revolutionäre Proletariat, unterstützen die Arbeitsgemeinschaftler und Koalitionspolitiker das Kapital auch in der Abwehr von Angriffen gegen seine das Volk verslavende Politik.

Die neue Preissteigerung wird den Preis für Hausbrand natürlich ebenfalls weiter stark hinaufstreben. Nächsten Winter werden Kohlen nicht unter 6—700 M. pro Zentner zu haben sein. Das einzelne Brickett kostet dann 6—7 Mark.

Soweit hat es die Sozialdemokratie unter der Führung des USWB nun gebracht. Die furchtbare Schuld, mit der sie sich beladen haben, erklärt es zur Genüge, daß die Scheidemann, Crippien, daß die Leipziger-Steinwald einen konzentrierten Kampf gegen die Kommunisten führen, um dadurch die Aufmerksamkeit von ihrem Tun abzulenken. Je mehr Erfolg sie damit haben, umso länger der Leidensweg, den das Proletariat achzend und stöhnend durchwandern muß umso furchtbarer die Not, die es auszulasten hat. Je schneller und umfassender die Arbeiterschaft sich aus der Gefolgschaft der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten löst, umso größer die Ansicht, verschärfter Lohnnechtigkeit und noch weiter gesteigerten Hungerqualen zu entgehen.

Demonstrationen im Rheinland.

Am Sonntag marschierte die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft auf, um den Gedanken des Betriebsräte-Kongresses zu verbreiten. In Remscheid nahm die Demonstration einen glänzenden Verlauf. Fast die ganze Arbeiterschaft hatte sich auf dem großen Rathausplatz versammelt, wo Vertreter des Betriebsräteauschusses und der Gewerkschaften sprachen. Der Demonstrationserregte großes Aufsehen. Es wurde eine längere Resolution angenommen, die sich gegen die Spaltungsabsichten der Spitzenkörperschaften richtet und in energischer Weise für die Betriebsrätebewegung Stellung nimmt. In Elberfeld-Barmen waren die großen Stadthallenäle über-

füllt. Im Kreise Solingen fand gleichfalls eine Reihe Demonstrationsversammlungen statt, die einen guten Verlauf nahmen. In Köln-Deutz fand eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt, in der eine Entschliebung angenommen wurde, die sich für den Reichsbetriebsräte-Kongress und scharf gegen die Sabotage der Gewerkschaften ausspricht. In Gelsenkirchen nahmen über 5000 Personen an der Demonstrationsversammlung teil. Anschließend fand eine Betriebsräteversammlung statt, in der sämtliche Gewerkschaften, auch Christen und Unionisten vertreten waren. In Essen fand eine nach vielen tausenden zählende Demonstration statt. Sie wäre noch viel gewaltiger gewesen, wenn nicht in zahlreichen Zechen Belegschaftsversammlungen stattgefunden hätten, die zu dem Schiedspruch der Bergarbeiter Stellung nahmen. Die Dortmunder Betriebsräte hatten zu einer Demonstration nach dem größten Saal der Stadt aufgerufen. Der Saal war derartig überfüllt, daß viele keinen Einlaß finden konnten. Einstimmig wurden Entschliebungen angenommen für den Betriebsräte-Kongress, gegen die Sabotage der Gewerkschaften und für Einstellung aller Ueberschichten. In Duisburg und in Düsseldorf konnten keine Demonstrationen stattfinden, da sie von den Behörden verboten waren.

Demonstration in Berlin.

Der Aufruf der revolutionären Betriebsräte für die Demonstration am Sonntag hatte in Berlin einen Erfolg, der den USWB-Leuten den Beweis liefert, daß ihnen die Herrschaft über die Massen mehr und mehr verloren geht. Allerdings, obwohl viele Tausende zusammenströmten, obwohl die Demonstration in wohl-tätigem Gegensatz zu den Demonstrationen der SPD eine ernste Entschlossenheit bekundete, der Geist daher als glänzend bezeichnet werden kann, befriedigt uns der Umfang der Demonstration doch nicht. Ziffermäßig mußte die Demonstration doppelt, dreifach, vielfach so stark sein. Aber gerade, weil wir nicht voll befriedigt sind, müssen wir auch betonen, daß es sich bei dieser Demonstration um eine sehr starke Belastungsprobe handelte. Die meisten Demonstranten mußten erst einen Weg von 1 1/2 bis 2 1/2 Stunden zurücklegen, um zum Versammlungsort zu gelangen. Und dazu sollte man einen herrlichen Sonntagsmorgen opfern! Der Sonntag, der zudem die Hausfrau besonders in die Küche festsetzt, eignet sich erfahrungsgemäß nicht für Demonstrationen, die mehr sein sollen, als ein Spaziergang. Das revolutionäre Proletariat empfindet eine Demonstration, die einen Ausdruck der Kraft darstellen soll, muß am Wochentag erfolgen. Berücksichtigt man diese Umstände, dazu auch wohl eine vielfach vorhandene Abneigung, sich an Demonstrationen ohne unmittelbare Kampfziele zu beteiligen, dann kann man zu dem Urteil gelangen, daß die Berliner Demonstration weitgehenden Erwartungen entsprach.

Wir erwarten, daß bald eine neue Demonstration für einen Wochentag vorbereitet wird. Dann wird sich zeigen, wie stark die Bewegung in den Betrieben gewachsen ist und in welchem Umfange das Proletariat gewillt ist, den Kampf für seine Existenz auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie aufzunehmen.

Die Landeshuter Arbeiter marschieren voran!

Am 29. September tagte in Landeshut eine Betriebsräte-Vollversammlung, die trotz Sabotage und Drohungen seitens der Gewerkschaftsführer von 30 Betriebsräten besucht war, die 14 Betriebe vertraten. Kollege Labe-Liebau (SPD) erstattete Bericht von der Vorstandskonferenz zum Reichsbetriebsräte-Kongress. Danach wurde in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, die Konferenz in Liegnitz sowie den Reichsbetriebsräte-Kongress durch einen Delegierten zu beschicken. Die Mittel sollen durch Sammlungen aufgebracht werden.

Den Bericht über die Versammlung bringen wir auf der dritten Seite.

Die Krise in der Tschechoslowakei

und die Reichskonferenz der KPD

Von Robert Brandler (Berlin)

Die Regierungskrise von Beneš und Masin ist am Ende ihres Rates angelangt. Innen- und außenpolitisch hat die Regierung abgewirtschaftet. Eine neue Regierung der tschechischen Agrarier, Kleinrenten und Sozialdemokraten soll den verfahrenen Karren aus dem Dreck ziehen. Der ehemalige Innenminister der ersten tschechischen Regierung, Ebešla, ist mit der Regierungsbildung betraut worden und verhandelt mit den Parteien über die Zusammenziehung seines Kabinetts. Der Sturz der bürgerlichen Koalitionsregierung ist heute eine so alltägliche Erscheinung, daß es sich nicht lohnen würde, darauf besonders zurückzukommen. Die Vorgänge, die der tschechischen Regierungsumbildung zu Grunde liegen, sind aber besonderer Art, so daß es sich verlohnt, näher darauf einzugehen.

Der tschechoslowakische Staat ist das künstliche Produkt der Versailler Friedensmacher. Die Franzosen schufen den tschechischen Staat, um sich einen Degen gegen Deutschland und Rußland bereit zu halten. Aus der Liquidation des alten österreichischen Staates bekamen die Tschechen so jette Broden, bei deren Verdauung das jetzige Staatsgefüge Gefahr läuft, auseinanderzufallen. Das Dreizehn-Millionen-Volk bekam eine Industrie, die, um vollbeschäftigt zu sein, ein Sechzig-Millionen-Volk versorgen konnte. Die Staatsfinanzen waren in „besten Ordnung“. Der tschechoslowakische Staat hat fast keine Staatsschulden. Solange der Kronenkurs niedrig stand, hatte die tschechische Industrie einige Absatzmöglichkeiten, obgleich sie schon bei dem niedrigen Kronenstand nur schwer auf dem Weltmarkt konkurrieren konnte. Die Finanzpolitik der Koalitionsregierung unter Masin machte Deflationspolitik. Im Inland und Ausland wurden die tschechischen Banknoten eingezogen, die Staatsausgaben durch Kürzung der Arbeiter- und Angestelltenlöhne des Staates vermindert, was eine Steigerung des Kronenkursses zur Folge hatte. Diese erstrebte Wirkung hatte aber Begleitererscheinungen, die den Staat von einer Krise in die andere werfen. Die offizielle Arbeitslosenziffer beträgt 600000. Die Zahl der Kurzarbeiter über anderthalb Millionen. Die Herabsetzung der Löhne zwingt zu einer Herabsetzung der Preise. Die kleinen und mittleren Bauern werden, da durch die hohe Valuta fast jede Ausfuhr unmöglich ist, stark in Mitleidenschaft gezogen. Das führt zu einer steigenden Unzufriedenheit in den Kreisen der Klein- und Mittelbauern, die sich nicht wie die Großagrarien durch Verabreichung der Arbeitslöhne und anderen Möglichkeiten schadlos halten können. Das Proletariat steht unter dem schärfsten Druck der Unternehmerrückwärtsentwicklung. Die Massenarbeitslosigkeit und die Kurzarbeit wird rücksichtslos ausgenutzt, um die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Ein Teil der Bourgeois-Politiker arbeitet konsequent an der Verfeinerung der Ueberindustrialisierung der Tschechoslowakei durch Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe und deren Auffangung durch die Großbetriebe. Diese konsequent angeführte Politik führt zur Vernichtung der kleinen und mittelbourgeois Existenzen, so daß auch diese Schicht zu rebellieren beginnt.

Die Bourgeoisie in der Tschechoslowakei ist national gespalten. 70 Prozent des Kapitals ist in den Händen der ehemals herrschenden deutschen Bourgeoisie, und die tschechische Bourgeoisie, die jetzt über die Staatsgewalt verfügt, muß diese zum Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie rücksichtslos aus. Die Regierungsgrundlage der tschechischen Bourgeoisie ist eine äußerst schwache, da in der Tschechoslowakei drei Millionen Deutsche und über zwei Millionen andere nichttschechische Nationalitäten, vor allem Magyaren, der tschechischen Regierungspolitik feindlich gegenüberstehen. Die tschechische Regierung stützt sich auf einen Landtag, der aus Wahlen hervorgegangen ist, die in der Periode des nationalen Siegesrausches stattgefunden haben. Die wichtigste Stütze der tschechischen Bourgeoisie bildet die Sozialdemokratie, die aber durch die Bildung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den Massen jeden Halt verloren hat, weil über zwei Drittel der tschechischen in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter zu den Kommunisten gegangen sind. Reibt der tschechischen Sozialdemokratie waren und sind heute die tschechischen Nationalsozialisten der Gegner jeder tschechischen bourgeoisen Regierungsmacht. Die tschechischen Nationalsozialisten, die neben Klein- und Mittelbauern und Intellektuellen sich auf große Teile national verwirrter Arbeitermassen stützen, stehen aber vor der Spaltung. Die Auswirkungen der Krise und der bisherigen Regierungspolitik in Verbindung mit der geschichtlichen Lektüre der Kommunisten mit der Parole der proletarischen Einheitsfront haben diese höchste Stufe erschüttert. Das politische Barometer in der Tschechoslowakei steht auf Sturm. Ebešla, der neue Ministerpräsident, der als der geschickteste Politiker und als der kommende starke Mann in der Tschechoslowakei gilt, steht Problemen gegenüber, an denen seine kompartunistischen Allüren kläglich scheitern müssen. Diese politische Situation nötigt die Antidemokratische Gewerkschaftsbewegung aus zur Spaltung der Gewerkschaften, weil diese Zertrümmerung der Gewerkschaften das einzige Mittel ist, sich vor der Revolutionierung der Gewerkschaften insoweit zu schützen, als sie dadurch imstande sind, wenigstens den abgepaltenen Teil noch unter ihrem Einfluß zu halten, um ihn der Bourgeoisie gegen die Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Das ist die Situation, in der die Reichskonferenz der kommunistischen Partei am 23. und 24. September in Prag zusammentrat.

Die Arbeit, die die Reichskonferenz in den zwei Tagen geleistet hat, bestand darin, Mittel und Wege ausfindig zu machen gegen die Folgen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, für die Einheit der Gewerkschaften und für die Bildung einer kampffähigen Einheitsfront. Die Aufgabe war eine riesengroße. Sie wurde dennoch bewältigt, obgleich die Arbeit der Reichskonferenz fast einen Tag lang gekemmt wurde durch eine unfruchtbare Opposition. Zum Kampf gegen die Folgen der wirtschaftlichen und politischen Krise wurde eine Rundgebung beschlossen, die zeigt, daß die kommunistische Partei der Tschechoslowakei die Situation richtig erfaßt hat und daß sie es versteht, die Taktik der Einheitsfront geschickt und praktisch durchzuführen. Als Forderungen der nächsten Monate, für die die ganze Partei mobilisiert werden soll, wurden aufgestellt:

1. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 100 Prozent und Ausdehnung derselben auf die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit sowie der Kurzarbeiter.
2. Kampf gegen die Herabsetzung der Löhne, für das Kontrollrecht über die Produktion und Kalkulation und das Mitbestimmungsrecht bei Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverkürzungen.
3. Die Konferenz verpflichtete die Abgeordneten in den Parlamenten, gegen jede Herabsetzung der Löhne und Gehälter den Kampf aufzunehmen.
4. Kampf für die Aufhebung der Einfuhrzölle für Nahrungsmittel und Bildung von Ausschüssen der „proletarischen Einheit“, die im ganzen Reich als Kontroll- und Abwehrorgane gebildet und in einem Reichskongreß durch Wahl eines Zentralausschusses zur Leitung gemeinsamer Aktionen des gesamten Proletariats zusammengefaßt werden sollen.

Als Perspektive und praktische Lösung, die der Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit der Bourgeoisie entgegengesetzt werden sollen, wurde die Parole der Arbeiterregierung herausgegeben. Als wichtigste konkrete Aufgabe dieser Arbeiterregierung, die das Parlament der Kontrolle durch die proletarischen Klassenorgane, die „Ausschüsse der proletarischen Einheit“ unterwirft, wurden aufgestellt:

1. Vereinigung aller Banken in eine einzige und Unterstellung ihrer Operationen unter Staatskontrolle von oben und Kontrolle der Arbeiter und Angestellten von unten.
2. Vereinigung aller großen, bereits jetzt fast monopolistisch geführten Kartelle der Großkapitalisten und einheitlichen Produktionsyndikate und deren Unterstellung unter die Kontrolle des Staates von oben und Kontrolle der Arbeiterklasse von unten. (Eisen-, Kohlen-, Zucker-, Textilproduktion usw.)

3. Die Vereinfachung des Geschäftsgeheimnisses.
4. Die obligatorische Vereinigung der gesamten Bevölkerung in ganzstaatliche genossenschaftliche Organisationen zum Zweck einer planmäßigen Verteilung des notwendigen Lebensbedarfs. Grundlage dieser Organisationen bilden die bereits existierenden Genossenschaften. Dieser Organisation hat der Staat die notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen.

Das Programm der Arbeiterregierung in der Tschechoslowakei bekommt ein eigenes Gesicht durch zwei charakteristische Merkmale, die aus den besonderen Verhältnissen der tschechoslowakischen Republik sich ergeben. Die kommunistische Partei ist die stärkste proletarische Partei im Lande. Sie müßte, falls es zu einer Arbeiterregierung in der Tschechoslowakei kommt, gleich von vornherein einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben in der Lage sein. Die Arbeiterregierung, die so unter Führung der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei zustande käme, wäre wegen ihrer internationalen Lage am besten imstande, das komplizierte Problem der nationalen Frage wenigstens insofern zu lösen, als es in diesem von mehreren Nationen bewohnten Staate lösbar ist, ehe die Revolution in Westeuropa die Nationalitätenfrage endgültig löst.

Zur Gewerkschaftsfrage wurde beschlossen, die von den Antidemokraten zertrümmerten Gewerkschaften in den nächsten Monaten so rasch wie möglich einheitlich zusammenzufassen, um die Gewerkschaften zu widerstandsfähigen Kampforganen des Proletariats zu machen. Die von den ausgeschlossenen Gewerkschaften aufgestellte Parole der Einheitsorganisationen, die bei der großen Zersplitterung der Gewerkschaften in tschechoslowakischen Staate bei den Arbeitermassen große Sympathien ausgelöst hat, weil sie die nationale Zersplitterung, wie die Zerstückelung in viele lebensunfähige Fachverbände aufzuheben verspricht, hat in der Tschechoslowakei nicht den Sinn der „big union“-Bewegung. Die alten Gewerkschaften, die diese Bewegung leiten, und eine 20-jährige Gewerkschaftspraxis hinter sich haben, haben einen gigantischen Plan einer Industrieverbände-Föderation ausgearbeitet, der zwar nur im schweren Kampf praktisch durchgeführt werden kann, der aber ein Mittel sein wird, die unerträgliche nationale und berufliche Zersplitterung der tschechischen Gewerkschaftsbewegung ein Ende zu machen.

Während der Sitzung der Konferenz veröffentlichte das Zentralorgan der Nationalsozialisten „Česká Slova“ eine Erklärung über die Einheitsfront, die ein einziger Angriff wegen der Säugung und Zerstückelung der eigenen Partei ist. In diesem Angriff richtete das Zentralorgan der Nationalsozialisten zwei Fragen an die kommunistische Partei. In der ersten wurde die kommunistische Partei gefragt, ob sie sich auf den Boden der tschechoslowakischen Republik stellen will, alle Befehle von Moskau und alle unzulässigen antinationalen Aktionen einzuführen bereit sei. Die zweite Frage fordert die kommunistische Partei der Tschechoslowakei auf, das demokratische Prinzip, die parlamentarische Mehr-

heit und Regierung anzuerkennen, um mit den tschechischen sozialistischen Parteien einen Block für die positive Arbeit des Parlaments zu bilden.

Die Reichskonferenz beschloß eine ausführliche, sehr geschickte Antwort. In der Antwort wird darauf hingewiesen, daß die kommunistische Internationale stets auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der nationalen Freiheit und der Selbständigkeit aller Nationen steht. Es wird verwiesen auf die verschiedenen Rundgebungen der Partei bei den verschiedenen Anlässen, vor allem auf einen Beschluß, den die deutschen Kommunisten der Tschechoslowakei auf ihrem konstituierenden Parteitag formulierten und wo sie es als eine Gefährdung der Interessen der proletarischen Revolution erklärten; die Frage der Verringerung der Grenzen aufzurollen. Weiter heißt es: „Nicht aus nationalen Gründen, sondern im Interesse des Kampfes der Arbeiterklasse aller Nationen um ihre Befreiung vom Kapitalismus stehen die Kommunisten der Tschechoslowakei einig und geschlossen auf dem Boden der politischen Selbständigkeit des tschechoslowakischen Volkes und der Abwehr jeder irredentistischen Politik und jeder diese Selbständigkeit gefährdenden Reaktion.“

Zur zweiten Frage antwortet die Konferenz mit einer Aufzählung des Sündenregisters der Sozialpatrioten. Weiter heißt es: „Nichtsdestoweniger ist die KPD bereit, auch alle Möglichkeiten innerhalb dieser sogenannten Demokratie und der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse für das Proletariat auszunutzen. Wenn die tschechischen Nationalsozialisten auf dem Boden des demokratischen Parlamentarismus den Kampf gegen die politische Bedrückung der revolutionären Proletarier und die ökonomische Ausbeutung und Verelendung des arbeitenden Volkes aufnehmen wollen, werden sie von den parlamentarischen Vertretern unserer Partei stets unterstützt werden.“ Für uns als Kommunisten werden die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse und die ganze sogenannte bürgerliche Demokratie niemals eine Zuflucht oder eine Schranke bilden, um die proletarischen Interessen preiszugeben.“

Die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie wird abgelehnt.

Neben dieser wichtigen politischen Arbeit wurde ein unerquicklicher Streit durch den Ausschluß von sieben Genossen erledigt, die der KPD bisher viel Arbeitskraft geraubt hatte. Die sogenannte linke Opposition, die von Polen und Zisel geführt wurde, bei der sich auch der alte Sturz, der Vorsitzende des Gründungsparteitages der kommunistischen Partei befand, wurde nicht ausgeschlossen wegen Opposition und ernster, sachlicher Meinungsverschiedenheiten, sondern wegen groben Disziplinbruchs. Die Opposition erklärte, in allen entscheidenden politischen Fragen, auch in der Frage der Arbeiterregierung, denselben Standpunkt wie die Mehrheit einzunehmen. Trotz dieser Erklärung stimmten 12 Genossen gegen den Passus für die Arbeiterregierung in dem Manifest der Partei. Sie hatten zwei Tage vor der Reichskonferenz ein Flugblatt gegen den Beschluß der Parteizentrale auf Grund eines veralteten Adressenverzeichnisses verschickt. So wurde vielfach des Flugblatt, das keine gegenseitliche politische Linie, aber eine ganze Anzahl kleinlicher Beschuldigungen der Parteileitung enthielt, von denen die Mehrzahl nachweislich unwahr ist, an Sozialdemokraten und Nationalsozialisten verschickt. Die Erbitterung der Genossen war einhellig und groß. Dennoch hat die Reichskonferenz immer wieder erklärt, falls die sogenannten opponierenden Genossen ihren Disziplinbruch durch eine Erklärung zurücknehmen, sie nicht auszuschließen, sondern sie mit einer Rüge zu bestrafen. Die Erklärung, die die Opposition abgab, war aber eine so brüste Verhöhnung der gesamten Partei, daß trotz des größten Bessersinnens der Mehrheit mit 42 gegen 22 Stimmen ihr Ausschluß beschlossen wurde. In der Erklärung forderten die oppositionellen Genossen drei Sitze in der engeren Zentrale, die aus sieben Mitgliedern besteht, angeblich zur Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstandes.

Wie maßlos die Opposition ihre Kraft überschätzt hatte, ging daraus hervor, daß alle Genossen, mit Ausnahme der sieben Dissidenten, für die schärfste Rüge stimmten und daß die Prager Vertrauensleute, in deren Kreis sie bislang Anhang hatten, gegen 8 Stimmen den Ausschluß der Opposition durch die Reichskonferenz billigte und daß nur zwei Genossen gegen den Ausschluß sprachen. Der eine Genosse war der Mann der mit ausgeschlossenen Genossin, der zweite der nächste Arbeitskollege des Landarbeitersekretärs Polen.

Der einhellige Beschluß der Prager Vertrauensleute sowie die einmütige Beurteilung der Opposition durch die Reichskonferenz bürgt dafür, daß dieser Ausschluß zu keiner Krise in der Partei führt, sondern nur eine Episode ist, die im Drang der von der Reichskonferenz vorbereiteten Arbeit, die es jetzt durchzuführen gilt, rasch überwunden sein wird.

Schlesische Rundschau.

Die Konferenz der Betriebsräte in Siegnitz.

Wir erhalten folgenden Bericht:

Die Konferenz fand am Sonntag, den 1. Oktober mit folgender Tagesordnung statt:

1. Warum der Betriebsrätekongreß?
 2. Bericht von der Betriebsrätekonferenz am 17. September 1922 in Berlin.
 3. Die Lage in der Provinz und unsere Aufgaben.
 4. Finanzierung.
 5. Wahl eines Kontrollausschusses für Schlesien.
- Zu Punkt 1 führte der Referent, Kollege Schneider, Sorlig, den anwesenden Delegierten die augenblickliche

Freiheit für Max Holz!

Die Forderung der sächsischen Arbeiterschaft.

In Falkenstein und Delsnig haben Tausende Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte einen mächtigen Protest gegen die gemeine Behandlung von Max Holz, für seine sowie aller anderen proletarischen Kämpfer sofortige Freilassung erhoben.

Brief an die Anstaltsleitung und die Anstaltsbeamten in Klefchkau

An den Anstaltsdirektor, an die Anstaltsbeamten der Strafanstalt Breslau

Eine Versammlung von mehreren tausend Arbeitern und Arbeiterinnen von Falkenstein im Vogtlande stellt fest, daß Max Holz ein ehrlicher revolutionärer Kämpfer ist.

Alle seine Handlungen waren uneigennützig. Nichts hat er aus persönlichem Interesse getan. Alles tat er im Interesse der Allgemeinheit.

Wir wissen, der Tag ist nicht mehr fern, wo alle Macht in den Händen der Arbeiter liegen wird. Dann, wir hoffen schon früher, wird Max Holz wieder unter uns sein.

Wir verlangen, daß Max Holz als Mensch behandelt wird. Für jede Mißhandlung, für jedes Leid, das Max Holz geschieht, werden wir Rechenschaft fordern.

Wir bitten nicht, sondern fordern Euch auf, Max Holz anständig zu behandeln.

Eine

Adresse an die Breslauer Arbeiterschaft wurde in beiden Versammlungen einstimmig angenommen:

„An die Breslauer Arbeiterschaft!“

Klassengenossen! In euren Mauern wird einer der Besten des deutschen Proletariats, unser Genosse Max Holz gefangen gehalten.

Die Schergen der deutschen Bourgeoisie, die Justizhausdirektoren und Staatsanwälte, haben den Auftrag, Max Holz unschädlich zu machen. Mit den gemeinsten Mitteln des modernen Strafvollzugs hat man in Münster versucht, den Revolutionär Holz zu demütigen.

Man hat ihn gepelnigt, in Dunkelzelle geworfen. Alle seine Beschwerden wurden in den Wind geschlagen. Max Holz griff zum Hungerstreik. Da schaffte man ihn nach Breslau. In Breslau wurde Max Holz in die Irrenabteilung geschafft. Man will ihn zum Verdrücken stampeln, um ihn als dauernd Unheilbaren für immer festzuhalten. Das darf nicht geschehen.

Max Holz ist ein ehrlicher revolutionärer Kämpfer. Lautstimmig hat er bewiesen, daß er bereit ist, sein Leben für die Sache der Revolution einzusetzen.

Die Arbeiterschaft von Falkenstein und Delsnig im Vogtlande fordert euch auf, über das Schicksal von Max Holz zu wachen.

Duldet nicht, daß Max Holz in Breslau gepelnigt wird.

Duldet nicht, daß Max Holz im Irrenhaus festgehalten wird.

Fordert die Freilassung von Max Holz, fordert die Freilassung aller revolutionären Gefangenen.

wirtschaftliche Lage vor Augen, und ging hauptsächlich auf die Fragen ein, die die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses erforderlich gemacht hatten. Anschließend an dieses Referat gab der Kollege Hater, Reichsausschussmitglied, den Bericht von der Berliner Konferenz vom 17. 9. 22. Die hierauf folgende Diskussion ergab volle Einstimmigkeit für die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses. Sämtliche Delegierte verpflichteten sich, die Arbeiterschaft Schlesiens für den Reichsbetriebsrätekongress zu gewinnen. Zur besseren Entfaltung einer gesunden Organisation und Agitation wurde die Provinz in 5 Bezirke eingeteilt, und zwar: Ostlich, Westlich, Breslau, Waldenburg und Oberschlesien. Die Frage der Finanzierung wurde insofern geregelt, daß sich die Delegierten verpflichteten, die Anweisungen des Reichsausschusses voll zur Durchführung zu bringen. Nachdem einzelne Delegierte noch gute Vorschläge zur weiteren Agitation gemacht hatten, gingen dieselben mit dem festen Vorsatz auseinander, alles daran zu setzen, den Betriebsrätekongress zu einem Machtfaktor der deutschen Arbeiterschaft zu gestalten.

Gewerkschafts-Bewegung.

Vollversammlung der Landeshuter Betriebsräte.

Am 29. September statt. Wie schon an anderer Stelle berichtet, beschloß die Versammlung, den Reichsbetriebsrätekongress zu beschicken.

Bezüglich der Belieferung mit Kohle, Kartoffeln und Kraut durch die Betriebe wurde festgestellt, daß nur die Firma Methner und Lederfabrik Dickmann eine Belieferung ablehnen; die Stadt daher ihrerseits für genügende Anfuhr von Kohlen und Kartoffeln zu sorgen hat, um eine Kalamität, wie im vorigen Winter, zu vermeiden. Bezüglich der Belieferung mit Reichsschuhen soll weiter verhandelt werden. Umherschweifenden Gerüchten über unstatthafte Abgabe bereits gelieferter Reichsschuhe soll auf den Grund gegangen werden. Trotzdem die Abgabe nur an Sozialrentner, Kleinrentner und Arbeiter erfolgen soll, soll die Abgabe an Landwirte und andere nicht notleidende Interessententeile erfolgt sein. Baldige Klärung tut hier zur Beseitigung der Unruhe unter der Arbeiterschaft dringend not.

Breslau.

Votales.

180 Mark

kostet seit gestern ein Liter Spiritus. Noch vor wenigen Tagen kostete der Spiritus 40 Mark. Das bedeutet eine Erhöhung des Spirituspreises um 450 Prozent. Gas, Spiritus, Kohle, alles klettert wahnsinnig im Preise. Mit Schnedengang schleichen die Löhne hinterher. Die Arbeiter werden im Winter darauf verzichten müssen, morgens eine Tasse warme Kaffeebrühe zu trinken, wenn sie nicht bald den Kampf um angemessene Löhne aufnehmen.

Rehras in Grünheide.

Am Sonntag, den 8. 10., nachmittags 2 Uhr wird der Verein für Radrennen der hiesigen Sportgemeinde für dieses Jahr das letzte Mal mit einem großen Programm aufwarten. Allem Herkommen gemäß hat die Rennleitung auch für diesen letzten Rennstag der Saison das größte Programm für diesen Großstadtag reserviert. Im Großen Preis von Grünheide werden 5 Fahrer der Extra und A-Klasse ihre Kräfte über 2 Stunden hinter großen Motoren messen. So wie die Breslauer Bahn die erste war, die nach dem Weltkrieg wieder ein 2-Stundenrennen mit erstklassiger Besetzung vom Stapel ließ, scheint sie auch dieses Jahr die ein-

jige Bahn Deutschlands zu sein, die ein derartig großzügiges Programm auf ihren Zement bringt. Es sind dazu fest verpflichtet: der diesjährige Preußen- und Deutsch-Meister Paul Thomas hinter Junggeburst, der diesjährige erfolgreichste Deutsche Dauerfahrer des Auslandes Kofellen, hinter Heßlich, der ehemalige Straßenmeister und 6 Tage Sieger Bauer hinter Kroler, der diesjährige Schweizermeister Wegmann hinter Hüttenrauch und der erfolgreichste Fahrer der

Offene Abteilungs-Versammlung

der SPD., Ortsgruppe Breslau, Distrikte 6, 7, 8 und 9 am Freitag, den 6. Oktober 1922, abends 7 1/2 Uhr im Etablissement „Sanssouci“ Mehlgrasse Nr. 11

Referat: Das Reichsmietengesetz u. seine Auswirkungen.

Alle Parteigenossen, Sympathisierende und Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sind eingeladen. Es wird gebeten, Distriktsabende an diesem Tage nicht abzuhalten.

jüngeren Generation Zunguan, hinter Hellbig. Diese 5 Matadore des Dauerrennens versprechen die bestimmte Gewähr für ein gutes Gelingen der langen Strecke, die gerade auf unserer schweren Bahn ganz besondere Ausdauer und Widerstandsfähigkeit erfordert. Zu dem Rennen, das fortan den Namen „Großer Preis von Grünheide“ tragen soll, hat die Gemeinde-Verwaltung Grünheide in Anerkennung ihrer Vorteile aus dem Radrennsport einen Sonderehren-

preis im Werte von 10 000 Mk gestiftet, der in 2 entsprechenden Geschenken an den Sieger und seinen Schrittmacher zur Verteilung gelangen soll. Der Verein selbst wird für dieses Rennen allein voraussichtlich den Betrag von 300 000 Mark an Barpreisen zur Auszahlung bringen. Das große Meer der Breslauer Flieger trifft sich im Preis der „Pomona-Zigarette“ einem Prämienfahren über 5000 Meter, sowie im Preis der „Zentralperle“ einem Vorgabefahren über 2400 Meter und winken in beiden Rennen den Siegern ebenfalls Sonderehrenpreise der hiesigen Pomona-Zigaretten-Fabrik im Werte von je 5000 Mk. in jedem Rennen; der Herren-Fahrern vom BVR ist ein Hauptfahren der Preis der „Breslauer Zeitung“ vorbehalten, wo der Sieger ebenfalls einen Sonderehrenpreis der vorgenannten Zeitung erhält. Wie das Programm, zeigen auch die Preise dieses Rennens, daß derselbe ein Großstadtag erster Ordnung wird, denn an baren Preisen gelangen somit über Mk. 330 000 und an Ehrenpreisen alles in allem Mk. 40 000 zur Verteilung.

Da können die Arbeiter wieder einmal die Herrlichkeit der Republik sehen. Hunderttausende Mark werden an Rennpreisen von der Bourgeoisie ausgegeben, während Millionen Proletariatsmütter nicht wissen, wo was sie für ihre Kinder Brot kaufen sollen. Die Gemeinde-Verwaltung Grünheide könnte wahrlich ihr Geld auch zu anderen Zwecken verwenden. Sicher gibt es im Bereich dieser Gemeindeverwaltung genug Arbeiterkinder, die keine Schuhe für den Winter haben.

Am Mittwoch, den 4. Oktober 1922 sind die Amtszimmer des städtischen Berufs- und Generalkonvikts wegen Umzugs für den Publikumsverkehr geschlossen.

Die Vermittlung für ungelernete Arbeiter der Holzindustrie findet vom 2. Oktober ab in der Arbeitsnachweis-Fachabteilung für das Holzgewerbe, Gartenstr. 5, zweiter Stock, Zimmer 54, statt. Fernsprecher Ring 12150; Vermittlungszeit von 8-10 Uhr.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Unter den übrigen Kindern des Hauses war Jasow, außer Ija, nur noch mit der siebenjährigen Mascha, den Tochter des Schusters Persifschka, befreundet. Mascha war ein schmutziges, gartiges, gebrechliches Kind. Ihr kleines schwarzes Köpfchen huschte vom Morgen bis zum Abend auf dem Hofe hin und her. Ihre Mutter sah gleichfalls beständig in der Tür, die zum Keller führte. Sie war hochgewachsen, trug einen langen Zopf auf dem Rücken und nähte immer, tief über ihre Arbeit gebeugt. Sobald sie den Kopf hob, um nach ihrer Tochter auszufragen, konnte Ija ihr Gesicht sehen. Es war ein gedunkeltes, blaues, starres Gesicht — wie das Antlitz einer Toten. Auch ihre gutartig blickenden schwarzen Augen hatten etwas Starres, Unbewegliches. Nie sprach sie mit jemandem, und auch ihre Tochter wachte sie nur durch Zeichen zu sich heran. Selten nur rief sie mit heiserer, halberstickter Stimme: „Mascha!“

Anfangs gefiel Ija irgend etwas an dieser Frau. Als er jedoch erfuhr, daß sie schon seit drei Jahren gelähmt war und bald sterben würde, bekam er Furcht vor ihr.

Einstmals, als Ija in ihrer Nähe vorüberging, streckte sie den Arm aus, fasste ihn am Ärmel und zog den ganzen Schwundronen zu sich heran.

„Ich bitte dich, mein Sohn“, sagte sie, „sei gut zu unserer Mascha! Sei gut zu ihr!“

Das Sprechen fiel ihr schwer, sie kam ganz außer Atem dabei.

„Sei zu ihr... recht gut, mein Lieber!“

Sie konnte dabei mit so bittenden Augen in Ijas Gesicht und ließ ihn dann gehen. Seit jener Zeit nahen sich gemeinsam mit Jasow der Schustersochter ganz besonders an und ließ ihr keinen Augenblick ab. Es tat ihr wohl, die Bitte eines Erwachsenen zu erfüllen, um so mehr, als sonst alle Leute nur befehlend zu ihr sprachen. Ueberhaupt waren die Großen immer sehr groß gegen die Kinder. Der Großvater, ein alter Mann mit den Zähnen nach Iwan und Kholg, sie mit dem waffenartigen Blick über den Kopf, wenn sie beim Reinigen seiner Strohschuhe aufstehen wollten. Er wütete auf alle, die ihm aus Reue in die Ohren schrieen, und warf mit Kohlenklumpen nach den Kindern. Der Schuster kühlerte jedem, der vor seinem Kellerfenster stehen blieb und ihm das Licht verstellte, den ersten besten Gegenstand, der ihm zur Hand war, an den Kopf. Bisweilen

schlugen sie die Kinder eiskalt aus Vangerweile, oder um mit ihnen zu spielen. Nur Großvater Terentij schlug sie niemals.

Bald kam Ija zu der Ueberzeugung, daß das Leben im Dorfe doch weit angenehmer sei, als das Leben in der Stadt. Im Dorfe konnte man hingehen, wohin man wollte, und hier hatte ihm der Onkel verboten, den Hof zu verlassen. Im Dorfe konnte man Gurken, oder Schoten, oder was man sonst wollte, naschen. Hier gab es keinen Garten, und alles mußte mit Geld bezahlt werden. Dort ist es auch geräumiger und stiller, dort haben alle Leute eine und dieselbe Beschäftigung — hier dagegen janken und stoßen sich alle, jeder tut, was er will, und alle sind ärmer, alle essen fremdes Brot und sind halb verhungert. Ija trieb sich Tag für Tag im Hofe herum, und es ward ihm langweilig, in diesem häßlichen, grauen Hause mit den trüben Fenstern zu leben.

Eines Tages beim Mittagessen sprach Onkel Terentij viel aufsehend zu seinem Nefen:

„Der Herbst kommt heran, Ijucha... Hm-jal! Der wird uns beiden den Schmachtriemen anziehen!“

Er verankert in Nachdenken und schweigend lange, während er sorgenvoll in seine Schüssel mit Kohluppe sah. Auch der Knabe wurde nachdenklich. Sie aßen beide an demselben Tische, auf dem der Budlige das Geschirr wusch. In der Schenke herrschte ein wüster Lärm.

Petrucha meinte, du solltest zusammen mit seinem Jaschka in die Schule gehen... Haha! Es wäre wohl nötig, glaub's schon... Ohne Bildung ist der Mensch hier wie ohne Augen. Kein Verloren ist er! Aber da müßtest du neue Schuhe und neue Kleider haben für die Schule... Wie soll ich die beschaffen, bei meinen fünf Rubeln monatlich? O Herr, auf dich setz ich meine Hoffnung!“

Die Gefäße des Onkels und sein trauriges Gesicht machten Ija das Herz schwer, und er schlug mit leiser Stimme vor:

„Kommt, Onkel! Wir wollen von hier fortgehen!“

„Wohin denn?“ fragte den Budlige düster. „Wohin können wir denn gehen?“

„Bisweilen in den Wald?“ meinte Ija und ward plötzlich ganz begeistert von seinem Entschluß. Der Großvater hat doch auch so viele Jahre im Walde gelebt, wie du weißt erzähltest! Und wir sind doch — zu zweit! Best könnten wir von den Bäumen schlafen... Früchte und Eichhörnchen könnten wir fangen... Du schaffst dir eine Flinte an, und ich lange Bögel in Dohren. Weißt Gott! Auch Beeren gibt es dort, und Pilze... Wollen wir hin, Onkel?“

Der Onkel sah ihn freundlich an und sagte lächelnd: „Und die Wölfe? Die Bären?“

„Wenn wir eine Flinte haben?“ rief Ija mutig. „Ich werde mich vor wilden Tieren nicht fürchten, wenn ich groß bin! Mit den Händen werde ich sie erwürgen! Ich fürcht' mich auch jetzt schon vor nichts. Hier ist doch das Leben auch nicht leicht. Wenn ich auch klein bin — das begreife ich schon! Hier haufen sie auch viel herum als im Dorfe... Ich fühl's doch, bin doch nicht von Holz!... Wenn der Schindler einem ein Kopfschlag gibt, brummt der Schädel davon den ganzen Tag!... Alle Leute sehen hier so aus, als ob sie Prügel getrieget hätten, wenn sie sich auch wichtig machen.“

„Ach du, Waisi Gottes!“ sagte Terentij weid, legte seinen Köffel fort und ging an die Seite; merkwürdig schnell ging er.

Am Abend desselben Tages sah Ija, müde von seinen Entdeckungsfahrten im Hofe, in dem ihm nichts mehr neu war, auf dem Fußboden neben dem Tisch des Onkels. Er hörte im Halbdunkeln ein Gespräch zwischen Terentij und Großvater Teremej, der gekommen war, um in der Schenke ein Glas Tee zu trinken. Der alte Lumpensammler hatte mit dem Budligen innige Freundschaft geschlossen und setzte sich, wenn er von seiner Arbeit kam, stets zu Terentij, um Tee zu trinken.

„Nur nichts“, hörte Ija Teremejs knurrende Stimme. „Vertrau nur auf Gott! Verstand... Habe nur den einen Gedanken: Gott! Er! Wie sein Reizeigener bist du — denn es heißt in der Schrift: ein Knecht! So wisse also — ein Knecht Gottes bist du. Und alles, was du hast, gehört Gott!... Ob's gut ist oder schlecht — alles ist Gottes. Er wird's schon zu scheiden wissen. Er sieht dein Leben — er, unser Vater, nicht alle — es!... Und es wird ein herrlicher Tag für dich kommen, da wird er zu seinem Engel sagen: Mosu himmlischer Diener, geh hin, erleidete meinem treuen Knecht Terentij das Leben! Und es wird alsdann dein Bild zu dir kommen... glaub's, es wird kommen!“

„Ich vertraue auch auf den Herrn, Großvaterchen — was bleibt mir denn sonst übrig?“ sprach Terentij leise. „Ich glaube an Ihn — Er wird helfen!“

„Er? Niemand läßt er einen Menschen hier auf Erden im Stich, kann ich dir sagen! Die Erde ist uns von Gott gegeben, damit er uns erprobe... Damit wir seine Gebote erfüllen. Er schaut nieder von seiner Höhe und gibt acht. Wie liebt er einander, ihr Menschenkinder? Liebt ihr auch so, wie ich's euch gelehrt habe?... Und wenn er sieht, daß dem Terentij das Leben schwer fällt, dann schickt er zum alten Teremej eine gute Botschaft: He, Teremej, hilf doch meinem getreuen Knecht!...“

(Fortsetzung folgt.)

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 5. Oktober d. J., fällt aus.

Ein Betriebsunfall

ereignete sich am Montag, den 29. September bei den Dübelwerken, Ofenerstraße. Der 40 Jahre alte Arbeiter Karl Heple wurde von einem umstürzenden Holzstapel begraben. Blutüberströmt fanden ihn seine Arbeitskollegen. Ein herbeigeholter Arzt stellte Schädelbruch und schwere innere Verletzungen fest. Der Arbeiter ist seinen Verletzungen erlegen.

Waldenburg.

Stadtverordnetenversammlung.

Die Sozialdemokraten zeigten ihr wahres Gesicht. Die letzte Sitzung am 30. September befaßte sich mit 5 Dringlichkeitsanträgen und 15 Punkten der Tagesordnung. Zuerst wurden die Dringlichkeitsanträge erledigt. Der erste befaßte sich mit der Einsetzung einer Kommission zwecks Prüfung der städtischen Verwaltung. Es wurden 8 Stadtverordnete gewählt. Drei von der SPD, zwei von der KPD, und drei von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Der zweite Antrag war die Errichtung der 9. Korrektorstelle, die bei der letzten Sitzung zurückgestellt war. Nachdem die bindende Antwort der Regierung eingetroffen war, die vorschlag, daß die 9. Stelle besetzt werden muß, wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Der dritte Antrag beschäftigte sich mit dem Verlauf der beiden Grundstücke Charlottenbrunner Straße 158 und 162. Da die Stadt für diese Grundstücke keine besondere Verwertung finden kann, wurde der Vorlage zugestimmt. Der vierte Antrag sah die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million bei der Landesversicherung vor, die zur Förderung von Wohnungsbauten verwendet werden soll. Auch diese gelangte einstimmig zur Annahme.

Durch den fünften Dringlichkeitsantrag wurde der Magistrat ersucht, die durchgehende Arbeitszeit für die städtischen Beamten und Angestellten für das kommende Winterhalbjahr durchzuführen. Hier setzte eine längere Aussprache ein. Es wurde dafür und dagegen geredet. Der Magistrat sprach sich dagegen aus. Trotz all dem wurde keine Einigung erzielt und man kam dann dahin überein, daß der Antrag der neugewählten Kommission zur Prüfung übergeben wurde. Eine Anfrage, die ein Bürger der Stadt im Gebirgskurier gestellt hatte, wurde von dem stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsitzer beantwortet. Die Anfrage lautete, warum die Tageszeitungen bekanntgemacht wird, die Antwort war, um der Stadt Ersparnisse zu machen, da die Publikationskosten zu hoch sind. Eine weitere Anfrage, wie weit die Verhandlungen mit der evangelischen Kirchengemeinde wegen Herabgabe von Gelände zur Errichtung eines Kirchhofes für Freizeitsportler erfolgt seien. Die Antwort des ersten Bürgermeisters ging dahin, daß nach langen Verhandlungen die Kirchengemeinde abgelehnt habe, irgendwelche Gelände herzugeben, auf dem gotteslästernde (!) Reden gehalten werden sollen. Der Magistrat will das Enteignungsverfahren gegen die evangelische Kirchengemeinde einleiten.

Nun ging man zur eigentlichen Tagesordnung über. Hierunter war auch die Bewilligung der Beihilfen der verschiedenen konfessioneller Institute. Die kommunalistische Fraktion konnte nicht dafür stimmen, Gelder für derartige Institute zu bewilligen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern des Pfaffenstandes. Die Entzweiung der Bürgerlichen kann man leicht verstehen, aber was sagen die Vertreter der angeblichen sozialistischen Arbeitervertreter? Sie gehen mit den Bürgerlichen durch die Dämmerung. Was kann diese famose Bräuterei der bürgerlichen Öffentlichkeit doch nicht zerkleinern, wir brauchen sie für die Proletarierkinder!!! Arbeiter, beachtet besser die Stadtverordnetenversammlungen, dann werdet ihr eure Vertreter an den Seiten erkennen. Diesmal konnte bei diesen trostlosen Gegenständen jeder merken, wie die SPD Arbeiterinteressen vertritt. Minuten vorher wird bekannt, daß die evangelische Kirchengemeinde den Freidenkern keinen Platz abtritt, weil sie dann „gotteslästernde Reden halten oder gar durch rote Fahnen den Boden entweihen“ würden. Und dazu bewilligen die Freizeitsportler der SPD (und noch dazu Fortisende) Mittel für diese Pfaffenkirche, damit die Arbeiter noch ein paar Semesterjahre aufgebremst bekommen. Wer die Pfaffen braucht, soll sie auch bezahlen, aber nicht durch städtische Gelder dürfen sie unentgeltlich werden. Sämtliche Punkte, die die Bewilligung der Gelder für konfessionelle Einrichtungen vorzuden, kamen gegen die Stimmen der Kommunisten zur Annahme. Ein weiterer Punkt: Anstellung des Schlachthofdirektors auf Lebenszeit, wurde vertagt. Der letzte Punkt befaßte sich mit der Errichtung einer Preisprüfstelle. Von unserer Partei wurde Gen. Richter gewählt; damit fand die Sitzung ihr Ende.

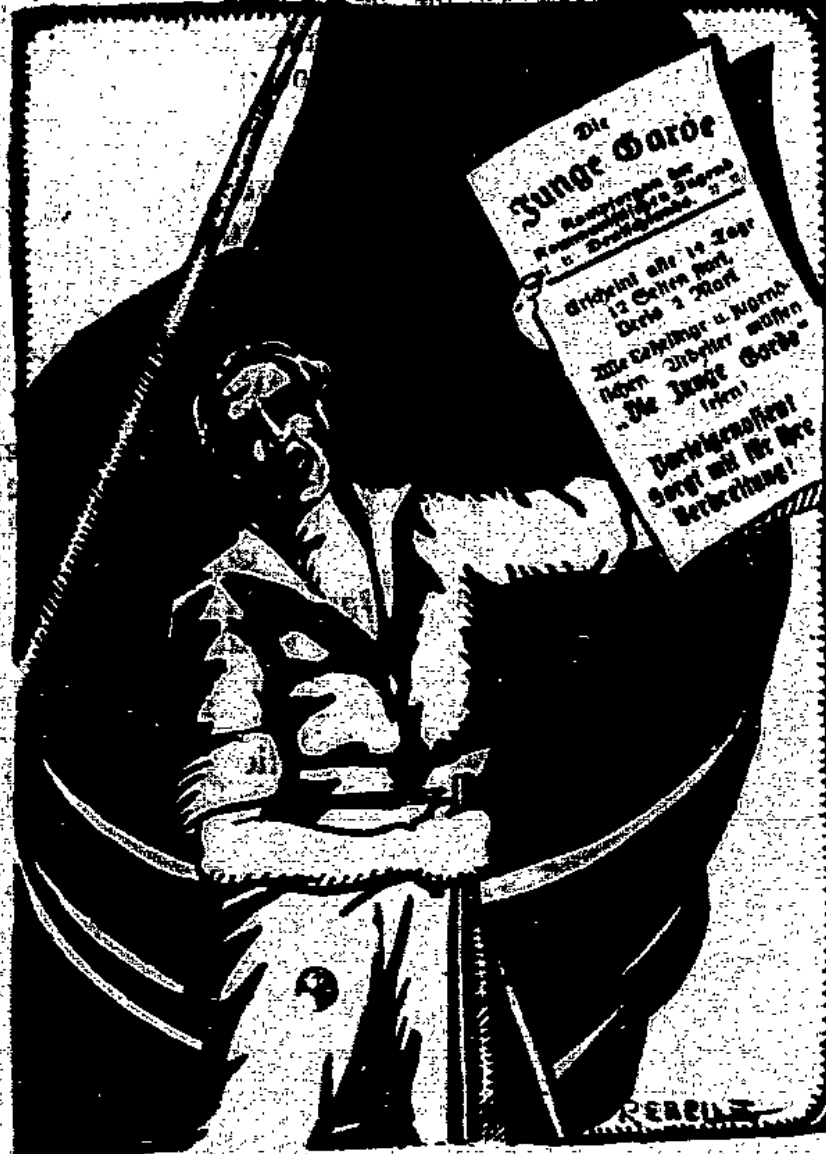
Oppen-Goslawitz.

Gründungsversammlung der KPD. Nach einem beifälligen angenommenen Referat des Genossen Widor über das Thema: „Der Weg aus dem Elend“ schrieben die Genossen hier am 29. 9. zur Gründung einer eigenen Ortsgruppe anderer Partei. Eine Anzahl neu eingetretener Genossen und Zeitungslieferanten wurden gewonnen. Mit dem Wunsch, recht bald wieder eine Versammlung abzuhalten, wurde der erfolgreiche Abend geschlossen.

Nieder-Hermsdorf.

Am Sonntag, den 24. September, tagte in Zellhammergrenze eine Mitgliederversammlung der dortigen organisierten Mieterchaft mit folgender Tagesordnung: 1. Einigungssachen. 2. Wahl in den Vorstand. 3. Wahl zum Bezirksrat. 4. Wahl zum Bezirksrat. 5. Wahl eines Obmannes zur Festlegung der Mieten, zum neuen Reichsmietengesetz. 6. Verschiedenes. — In Punkt 1 berichtete der Vorsitzende über den Uebertritt von Zellhammer nach Nieder-Hermsdorf sowie über die Tätigkeit der Organisation in der Mietergemeinschaft zu Zellhammergrenze. Er überlegte, wie der Vorsitzende die Arbeit auszuführen will, da die Mieter von Zellhammergrenze noch nicht zu ihrem vollen Rechte gelangt sind und wußte die Mieter zu reger Mitarbeit. In Punkt 2 und 3 wurde Franz Schmidt-Zellhammergrenze als Bezirksobmann für den dortigen Bezirk und als Beisitzer in den Vorstand gewählt. In Punkt 4 wurde Fritz Grunow als Vorsitzender der Mieter zum neuen Reichsmietengesetz wurde. Unter Punkt Verschiedenes legte eine rote Broschüre über Mieterfragen ein, die vom Vorsitzenden in jeder Hinsicht laut Mieterfragebogen erläutert wurde. Als erster Redner berichtete Genosse Richter über die Mietspiegel in Zellhammergrenze. Er wußte auch, daß bei der Eingemeindung zur Ortsgruppe Niederhermsdorf verschiedene vorhandene Mietspiegel befreit wurden und berief sich hierbei auf das neue Reichsmietengesetz vom 1. Juli 1922. Betreffs des neuen Reichsmietengesetzes erklärte der Vorsitzende den Mieter-Obmann, sehr vorsichtig und genau zu arbeiten und hierbei das Mietspiegelgesetz von Niederhermsdorf unter anderem wurde noch das Hausbuch sowie die Uebersicht nach Paragraph 10 befreit, wobei der Vorsitzende genaue Erläuterungen gab. Genosse Spier Zellhammergrenze schlug eine Hausvermittlung in jedem Hause vor, um das Verhältnis sozialer organisierter Mieter einzubringen, zum

Uebertritt nach Nieder-Hermsdorf. Dies wurde aber durch den Vorschlag des Genossen Bittner, rechtzeitige Bekanntmachungen durch Plakate vorzunehmen, erledigt. Abhandlung wurde verlangt, daß Mitgliederzahl und Kassenbestand eingeholt werden sollen. 219 Mitglieder wurden am Schluß der Versammlung festgestellt. Der Vorsitzende richtete die erste Mahnung an die Mitglieder, bei Terminen die Sachen rechtzeitig abzugeben, damit sie schnell erledigt werden können und streifte hierbei die Grundmieten zum neuen Reichsmietengesetz.



Die Junge Garde

ist zu beziehen durch alle Funktionäre der Kommunistischen Jugend oder durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Neuerschienene Schriften.

Die Internationale. Heft 6 vom 5. Jahrgang (neben erschienen). Sie bringt zuerst einen Artikel über die Vereinigung der Sozialdemokratischen Parteien, dann die Fortsetzung der Arbeit von A. Zhalheimer unter dem Titel: „Ede-Kantak III“. Ferner enthält das Heft: Wilhelm Dimeel: „Ueber Goldmarktlöhne und Weltmarktlöhne“. Karl Korsch: „Ueberhand Marktträger“. B. Stern: „Kampfbedingungen und Taktik der KPD“ außerdem „Das Verhältnis der Sowjetmacht zu den sozialfeindlichen Parteien“ und Friedrich Engels über Opportunismus und Koalitionspolitik.
Der Preis der Einzelnummer beträgt 8 Mark für Organisationen. — Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 3337. Adresse: Alfred Dalgner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 38964. Alfred Dalgner.

Bezirksleitungs-Sitzung: Donnerstag, den 5. Oktober 1922, mittags 1 Uhr, im Parteibüro. Sehr wichtige Sitzung. Jedes Bezirksleitungsmitglied muß unbedingt erscheinen.

Bezirksparteitag: Sonntag, den 8. Oktober 1922 vormittags 9 Uhr, im Artinsgarten, Neue Gasse.

Produktiv-Genossenschaft: Mittwoch, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Parteibüro. Verwaltungssitzung.

Unterbezirk Breslau: Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Josef Kömig.

Sämtliche Bezirksleiter haben die Sammelstellen für den Bezirksparteitag abzuhängen. Sämtliche Bezirksparteitags-Belegierte sind verpflichtet, Freitag abends 7 Uhr, im Parteibüro zu erscheinen.

Schauspielhaus.
Opernabende
Freitag 8 1/2 Uhr
10 1/2 Uhr
Die beiden
Nachtigallen.
Sonntags 7 1/2 Uhr
Die Langstraße.

Liebig-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr.
Das große
Oktober-
Programm

Zeltgarten
In prachtvollen
Garten täglich 8 Uhr
Ein großes
Variété-Programm.

Beitrag des

Mitteilungsblatt des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte

Preis pro Nummer 5.— M.— Der Ueberschuß dient zur Finanzierung des Reichsbetriebsrätekongresses. Zuschriften an Hermann Gröhe, Berlin SO, Rammstr. 71. — Bestellungen bei der Produktiv-Genossenschaft für Schlesien, Breslau, Nikolaistr. 49/50. — Vertrieb Buchhandlung.

1	×	1	=	1
---	---	---	---	---

Kommunisten der Linke-Hofmann-Werke. Freitag, den 6. Oktober, sofort nach Arbeitsluß (nachmittags 8 1/2 Uhr) Fraktionssitzung bei Januschek. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist unbedingt Erscheinen notwendig.

K. J. Breslau. Die kommunistische Jugend befaßt am Donnerstag, den 8. Oktober, die Tuberkulose-Ausstellung in der Jahrhunderthalle. Treffpunkt nachmittags 7 1/2 Uhr im Parteibüro, Nikolaistr. 49/50. Es ist besonders Pflicht aller Genossen (in), die am Funktionärkursus teilnehmen, zu erscheinen.

K. J. Funktionäre. Sämtliche Funktionäre der einzelnen Komitees haben am Freitag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, im „Mineritenhof“ zu erscheinen.

F.R.A. der Ortsgruppe Breslau. Mittwoch, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung im Parteibüro. Alle Genossen sind verpflichtet, pünktl. zu erscheinen. Büro: Gottesberg, Langestraße Nr. 14 F. Welger.

Altwasser. Freitag, abds. 6 Uhr, Betriebsfraktionssitzung aller Kommunisten der Buchsgrube im „Eisernen Kreuz“ in Altwasser. Erscheinen ist Pflicht aller Genossen.

Reichenbach. Freitag, den 6. Oktober, bei Genossen Manns Gasthof zur Hoffnung, Uferstraße 17, öffentliche Mitgliederversammlung. Sämtliche Genossen sowie Zeitungslieferanten müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Sonnenbielau. Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, Uebungsabend des Sprechchors. — 7 Uhr, Sitzung aller Funktionäre. Abrechnung der Jahressgruppenführer mit dem Hauptkassierer für September. Abrechnung aller Listen für politische Kampagne und Rote Hilfe. Jeder Funktionär hat pünktlich zu erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Gräf; Insetate: Max Blücher; Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Frauen-Konferenz
der KPD. / Bezirk Schlesien

Sonnabend, den 7. Oktober 1922, nachmittags 4 Uhr, findet im Büro der Bezirksleitung (Breslau, Nikolaistr. 49/50, 1.) eine **Vorbereitung** statt. **Eröffnung** der Konferenz um 5 Uhr abends (bei Minnidas, Mauritiusstraße Ecke Garbestraße).

Tagesordnung:

1. Das wachsende Elend und die Frauen. Genossin Baum-Berlin.
2. Bericht von der Reichs-Frauenkonferenz. Genossin Kupke.
3. Unsere weiteren Aufgaben.
4. Verschiedenes.

Zur Konferenz haben zu erscheinen: Alle Mitglieder der **Bezirks-F.R.A.**, Mitglieder der **örtlichen F.R.A.** und wo solche noch nicht bestehen, **eine Genossin von jeder Ortsgruppe**. Die **Unkosten** haben die Ortsgruppen zu tragen. Für **Nachtquartiere** wird gesorgt. Die delegierten Genossinnen können **als Gäste** am Parteitag am nächstfolgenden Tage teilnehmen.

Die Bezirksleitung / Abtl. Frauen